



Inklusiv. Sozial. Gerecht.

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.
Behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraction.

Liebe Leserinnen und Leser,

die allgemeine politische Situation spitzt sich zu. Während Brüssel und Berlin unnachgiebig bleiben und auf ihr Spardiktat gegen Griechenland beharren, ist die linke Regierung in Athen nicht gewillt, sich dem Austeritätskurs von Merkel und Schäuble zu beugen und ihre Wahlversprechen auf dem Altar neoliberaler Dogmen zu opfern. Im Bundestag nutzte meine Fraktion am Donnerstag die Griechenlanddebatte, um mit Schildern und Plakaten gegen Sparpolitik und Austerität zu protestieren und für die Demonstration „Europa.Anders.Machen“ am Samstag vor dem Brandenburger Tor zu werben. Schon am Montag hielten außerdem mehrere Abgeordnete der LINKEN in der Pfalz vor der US-Airbase Ramstein eine Kundgebung ab, um auf den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg aufmerksam zu machen, der von diesem Stützpunkt ausgeht. Kampfdrohneinsätze müssen weltweit verboten werden. Vor allem aber müssen auch sämtliche US-Militärstützpunkte auf deutschem Gebiet geschlossen werden. Erst wenn die Bundesrepublik nicht mehr als Dreh- und Angelpunkt US-amerikanischer Kriegspolitik fungiert, ist eine friedliche Außenpolitik denkbar.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen!

Katrin Werner

Von Ramstein soll kein Mord mehr ausgehen



Am Montag, dem 15. Juni, beteiligten sich etwa 100 AktivistInnen der Friedensbewegung an einer Kundgebung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag vor dem US-Militärflughafen Ramstein in der Pfalz. Rednerin war unter anderem die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Sahra Wagenknecht. Besonders die Nutzung der US-Stützpunkte in Deutschland für den völkerrechtswidrigen Einsatz von Kampfdrohnen ist ein Schwerpunkt der Kritik. „Kampfdrohneneinsätze kommen außergerichtlichen Hinrichtungen gleich. Es ist nicht ausgeschlossen, dass völkerrechts- und menschenrechtswidrige Einsätze von bewaffneten Drohnen von Ramstein aus mitgesteuert wurden. Die Bundesregierung und die rheinland-pfälzische Landesregierung sollten in jedem Fall aufklären, ob dies geschehen ist und die nötigen Konsequenzen ziehen. Alle Kampfdrohneneinsätze, die von deutschem Territorium aus mitgesteuert werden, müssen umgehend unterbunden werden. Die Resolution des Europarates muss eingehalten werden! Das allein reicht jedoch nicht. DIE LINKE fordert ein weltweites Verbot von Kampfdrohnen und die Schließung der Air Base in Ramstein“, so Katrin Werner zur Kundgebung am Montag.

Zur vollständigen Pressemitteilung.

Zum Artikel auf der Seite der Linksfraktion.

Zum Beitrag des SWR über die Aktion.

Passend dazu die Rede von Katrin Werner im Europarat und die dazugehörige Entschließung:

Entschließung 2051 (2015)

betr. Drohnen und gezielte Tötungen: das Erfordernis, die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten

Rede im Europarat:

Drohnen und gezielte Tötungen: das Erfordernis die Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten

Video zur Rede



Interview: »Drohnenkrieg von Ramstein aus unterbinden«

Wolfgang Kaleck ist Anwalt Edward Snowdens und vertritt jemenitische Opfer US-amerikanischer Drohnenangriffe, die von der US-Militärbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein aus durchgeführt wurden. Niema Movassat hat ihn interviewt und nach den rechtlichen Aspekten des Drohnenkriegs von deutschem Boden aus gefragt. **Zum Interview**

Flüchtlinge schützen - Grenzen öffnen!

„Der 20. Juni wird international als Weltflüchtlingstag begangen. Nur kurze Zeit später, vom 24. – 26. Juni, treffen sich die Innenminister von Bund und Ländern zur Innenministerkonferenz (IMK) in Mainz. Hauptthemen werden eine weitere Verschärfung des Asylrechts und die Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz sein. Gerade vor dem Hintergrund der immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen und der Bootskatastrophen im Mittelmeer sind die von der IMK diskutierten Vorhaben aber zynisch und menschenverachtend“, so die Trierer Bundestagsabgeordnete Katrin Werner. [Weiterlesen](#)



Nein zur Erpressungspolitik gegen Griechenland!

Nach den heftigen verbalen Ausfällen führender deutscher Sozialdemokraten gegen die Politik der griechischen SYRIZA-Regierung kommentiert die designierte Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Sahra Wagenknecht: „Es ist eine Schande für die Sozialdemokratie, dass ihre führenden Vertreter moderate Forderungen nach der Wiederherstellung gewerkschaftlicher Grundrechte und nach einem Sozialprogramm für die Ärmsten der Gesellschaft als 'überzogene Wahlversprechen einer zum Teil kommunistischen Regierung' attackieren“. Auch um auf die verheerenden Auswirkungen der europäischen Krisenpolitik in Griechenland aufmerksam zu machen und Solidarität mit der neuen griechischen Regierung zu zeigen, ruft DIE LINKE dazu auf, sich am 20. Juni an einer Großdemonstration in Berlin unter dem Titel „Europa.Anders.Machen“ zu beteiligen, die um 16:00 Uhr am Brandenburger Tor startet. Aus Protest gegen die deutsche Griechenland-Politik und um die geplante Demonstration zu bewerben, beteiligte sich ein Teil der Linksfraktion im Bundestag am Donnerstag in der Plenardebatte außerdem an einer Schilderaktion (siehe Foto).

[Zur Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht.](#)
[Zum Demonstrationsaufruf „Europa.Anders.Machen“.](#)



Antwort auf Anfrage vom Volksfreund zur PKW-Maut

Am 18. Juni stellte der Volksfreund folgende Frage an regionale Bundestagsabgeordnete. Katrin Werner hat ausführlich geantwortet.

Anfrage vom Volksfreund:

Guten Tag, nachdem die PKW-Maut nun verschoben wird, wäre ich an einer Einschätzung von Ihnen interessiert. Ist es gut, dass die Einführung der Maut verschoben wird? Ist die PKW-Maut damit endgültig vom Tisch?

Antwort von Katrin Werner:

Nach wie vor bin ich davon überzeugt, dass die PKW-Maut ein politisches Desaster ist. Die Ausländer-Maut ist letztlich nichts anderes als der Versuch der CSU durch eine rechte Politik ihre Wählerinnen und Wähler, die zur AfD abwandern, wieder einzufangen. Die Maut soll Einnahmen generieren, doch unterm Strich werden die Kosten für den Betrieb des Mautsystems aller Voraussicht nach höher sein. Darüber hinaus schwächt die Maut die regionale Wirtschaft und verschlechtert die mit viel Herzblut aufgebauten Beziehungen in der Großregion. Dieses Gesetz ist außerdem nicht EU-rechtskonform, darauf hat DIE LINKE immer wieder hingewiesen. Wir sind daher davon überzeugt, dass die Ausländer-Maut auf lange Sicht keinen Bestand haben wird. Die Verschiebung der Umsetzung des Gesetzes ist ein erstes Anzeichen dafür. Ich hoffe die Ausländer-Maut wird noch vor der Einführung gekippt. [Zum Artikel im Volksfreund](#)



Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als neue Fraktionsvorsitzende vorgeschlagen

Zu Beginn dieser Woche schlugen die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, dem geschäftsführenden Vorstand der Partei vor, die beiden bisher als stellvertretende Fraktionsvorsitzende fungierenden Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch für die neue Spitze der Fraktion zu benennen, die im Herbst gewählt werden wird. Diese neue Spitze werde einen reibungslosen Übergang gewährleisten und eine Integrationsleistung vollbringen, sodass DIE LINKE ihrer Rolle als Oppositionsführerin weiterhin gerecht wird. „Als stärkste Oppositionsfraktion ist es unsere Aufgabe, die Regierung unter Druck zu setzen. Daran wird sich selbstverständlich nichts ändern“, so Sahra Wagenknecht zu den anstehenden Aufgaben. In dieser Woche erschien auch ein Interview mit den beiden designierten Gysi-Nachfolgern, das hier abgerufen werden kann. [Zum Interview](#)



Flüchtlingsnot nicht als schnelle Geldquelle missbrauchen

„Nachdem allzu lange Zeit die Zahl der Hilfe suchenden Flüchtlinge in Deutschland unterschätzt wurde, brennt es vielen Kommunen aufgrund dieser politischen Naivität nun unter den Nägeln, gute Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen. Auch wenn zahlreiche Privatleute wie auch Unternehmen unterstützen, um schnell guten Wohnraum zu schaffen, ruft dieses Planungsdefizit leider unerbittliche Geschäftemacher auf den Plan. Für uns als LINKE ist klar, dass aus der Not von Flüchtlingen kein Profit geschlagen werden darf. Bedauerlicherweise haben sich da auch einige Kommunen eingereiht - in der Hoffnung, dass am Ende des Tages vielleicht doch ein wenig mehr Geld ins eigene Säckel wandert.“, so Susanna Karawanskij, Sprecherin für Kommunalfinzen der Linksfraktion. [Mehr lesen](#)

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE vom 17. – 19. Juni im Plenum

Der Bundestag hat sich in der letzten Sitzungswoche mit folgenden parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE beschäftigt. [Hier nachlesen](#)

Die LINKE feierte am Dienstag 8 Jahre Geburtstag!



Am Dienstag feierte DIE LINKE ihren achten Geburtstag. Seitdem sind wir im Westen in die Landtage eingezogen, haben 2009 ein Rekordwahlergebnis geholt, haben 2010 das Parteiprogramm auf den Weg gebracht. 2011 stand DIE LINKE erfolgreich an der Seite der Bürgerproteste nicht nur in Stuttgart. 2012 kandidierte Beate Klarsfeld für uns als Bundespräsidentin und hat inzwischen endlich das Bundesverdienstkreuz erhalten. 2013 wurde DIE LINKE stärkste Oppositionsfraktion, stellte 2014 mit Bodo Ramelow erstmals einen Ministerpräsidenten. Und 2015? Mit der Kampagne »Das muss drin sein« sind wir laut und stark für ein gerechtes, soziales Land. 2016 ziehen wir dann in viele weitere Landtage ein – auch in Rheinland-Pfalz.



Terminankündigung: DIE LINKE kommt in Fahrt

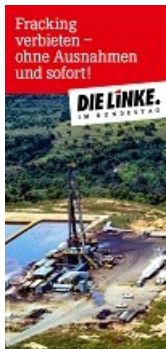
Die LINKE Trier-Saarburg lädt ein zum Polit-Talk mit der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner und der Spitzenkandidatin der Linkspartei für die Landtagswahl 2016 Dr. Kathrin Meß.

Ort: Saarburg, Schiffsanlegestelle auf dem Schiff „Saarstern“

Zeit: Samstag, den 27. Juni 2015, um 19Uhr

Rückfragen unter: 0151-57502043 (Georg Bauer, Saarburg)

Neue Publikationen



Neuer Folder – Fracking verbieten – ohne Ausnahmen und sofort!

„Die weltweite Gas- und Ölindustrie hat eine vermeintliche Goldgrube entdeckt: Gas- und Ölgewinnung mittels Fracking. Diese Technik ermöglicht es, Gasvorkommen zu erschließen, die bisher nicht gefördert werden konnten. In Deutschland haben Energiekonzerne wie ExxonMobil, Wintershall und GdF Suez einen neuen Wettlauf ausgerufen und bereits ganze Regionen unter sich aufgeteilt. Allein in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen umfassen die Aufsuchungserlaubnisse 60 Prozent der Landesfläche. Während die Industrie auf kurzfristige Gewinne hofft, birgt Fracking für Mensch und Umwelt hohe Risiken. Für kurzfristige Gewinninteressen der Gasindustrie wird das Grundwasser ganzer Regionen gefährdet. Zahlreiche Staaten haben deshalb bereits Moratorien oder wie in Frankreich Verbote verhängt“, so Hubertus Zdebel, Obmann der Linksfraktion im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Zum Thema Fracking ist jetzt ein entsprechender Folder der Linksfraktion erschienen, der die wichtigsten Daten und Fakten enthält und die Positionen der LINKEN wiedergibt. [Hier zum Folder](#)

Demo: Europa.Anders.Machen. Flüchtlinge willkommen!

Europa. anders. machen. Sündenbockrhetorik bekämpfen. Ein anderes Bild von Europa. Solidarität statt Schäuble. Fähren statt Frontex.

SAMSTAG 20. JUNI 2015 – 13:00 UHR – ORANINENPLATZ BERLIN – [Mehr Informationen hier](#)

Für ein gutes Leben ohne Grenzen - Die Stadt gehört uns allen!

Fähren statt FRONTEX! Legale Wege nach Europa schaffen! Seenotrettung ausbauen! Abschottung und Militarisierung stoppen!

SAMSTAG 20. JUNI 2015 – 14:00 UHR – JÄGERKASERNE TRIER-WEST – [Mehr Informationen hier](#)

Demonstration „...kein Mensch braucht die IMK“

Am Mittwoch, dem 24. Juni, wird ab 19:00 Uhr am Hauptbahnhof in Mainz eine Demonstration unter dem Titel „...kein Mensch braucht die IMK“ stattfinden, die sich gegen die vom 24. – 26. Juni tagende Innenministerkonferenz der Innenresort-Chefs aus Bund und Ländern richtet.

MITTWOCH 24. JUNI – 19:00 UHR – HAUPTBAHNHOF MAINZ – [Mehr Informationen hier](#)

Rede Europarat: „Erkennen und Verhindern von Neorassismus“

Rede von Katrin Werner in der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg.

FREITAG 26. JUNI 2015 – ca. 10:00 UHR – EUROPARAT STRAßBURG – [Livestream](#)

DIE LINKE kommt in Fahrt! Polit-Talk mit Katrin Werner und Kathrin Meß

SAMSTAG 27. JUNI 2015 – 19:00 UHR – SAARBURG, SCHIFFSANLEGESTELLE AUF DEM SCHIFF „SAARSTERN“

BürgerInnenfrühstück

Das regelmäßige BürgerInnenfrühstück der Linksfraktion Trier wird am 4. Juli um 10:00 Uhr wie gewohnt im Trierer LINKEN-Büro stattfinden.

SAMSTAG 4. JULI 2015 – 10:00 UHR – PAULINSTRASSE 1-3 TRIER – [Mehr Informationen hier](#)

Kontakt

Bundestagsbüro in Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030)-227-74337
Telefax: (030)-227-76337
E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Trier

Paulinstr. 1-3
54292 Trier
Telefon: (0651)-1459225
Telefax: (0651)-1459227
E-Mail: katrin.werner.wk@bundestag.de



[Anmelden](#) / [Abmelden](#)